

# **Strukturwandel, Dependenz und externe Einflussnahme: Eine umfassende Analyse alternativer Finanzierungsströme in der deutschen Medienlandschaft (2021–2026)**

## **1. Einleitung und methodische Grundlegung**

Die deutsche Medienlandschaft durchläuft in der gegenwärtigen Dekade eine der tiefgreifendsten strukturellen Transformationen ihrer Geschichte. Die klassische ökonomische Basis des privatwirtschaftlichen Journalismus – das sogenannte Stammgeschäft, bestehend aus Vertriebs Erlösen (Abonnements, Einzelverkauf) und Werbeeinnahmen – erodiert in einem beispiellosen Tempo.<sup>1</sup> Die Monopolisierung des digitalen Werbemarktes durch globale Technologiekonzerne sowie eine ausgeprägte „Gratiskultur“ bei der Rezeption von Nachrichteninhalten haben traditionelle Refinanzierungsmodelle weithin obsolet gemacht.<sup>2</sup> Gleichzeitig steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) unter einem massiven Legitimations- und Konsolidierungsdruck, der die finanzielle und personelle Flexibilität der Sendeanstalten einschränkt.

In diesem Vakuum der Unterfinanzierung hat sich ein komplexes, hochgradig vernetztes Ökosystem alternativer Finanzierungsquellen etabliert. Medienhäuser, journalistische Netzwerke, neu gegründete gemeinnützige Recherchezentren (Media-NGOs) und individuelle journalistische Protagonisten rekrutieren in zunehmendem Maße Gelder, die von externen, oftmals interessengeleiteten Akteuren stammen. Zu diesen Akteuren zählen die Exekutive auf Bundes- und Landesebene, supranationale Institutionen wie die Europäische Union sowie ein dichtes Geflecht aus philanthropischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs).<sup>2</sup> Der vorliegende Bericht liefert eine erschöpfende und nuancierte Untersuchung dieser Finanzierungsströme für den Zeitraum der letzten fünf Jahre (Fokus 2021–2026). Ziel ist es, die Architektur dieser Drittmittelfinanzierung aufzuschlüsseln und die daraus resultierenden systemischen Risiken für die journalistische Unabhängigkeit zu evaluieren. Die zentrale Prämisse dieser Analyse lautet: Finanzielle Zuwendungen von Akteuren, die originär Gegenstand der kritischen journalistischen Beobachtung sein müssen (Regierungen, Behörden, supranationale Organe, politisch agierende Großstiftungen), erzeugen zwangsläufig ein Spannungsfeld. Selbst wenn keine direkte redaktionelle Einflussnahme vertraglich fixiert wird, induzieren solche Zahlungsströme psychologische Bindungswirkungen („Gewogenheit“), präventive Beißhemmungen (Chilling Effects) und eine allmähliche Ausrichtung der journalistischen Agenda an den Förderkriterien der Geldgeber.<sup>2</sup>

Die Untersuchung gliedert sich in die Analyse direkter staatlicher Honorarzahlungen an individuelle Journalisten, die systematische Förderung von Medien-NGOs durch Ministerien und staatlich alimentierte Institutionen, die gewaltigen Subventionsapparate der Europäischen Union sowie die strategische Philanthropie globaler und nationaler Stiftungsnetzwerke. Dabei wird nicht nur die Quantität der Mittelzuflüsse betrachtet, sondern vor allem die qualitative Verschiebung des journalistischen Koordinatensystems hin zu einem Modell, das sich zunehmend der Logik staatlicher und para-staatlicher Auftragskommunikation annähert.

## 2. Direkte staatliche Honorarzahlungen an Medienprotagonisten

Die direkteste und am intensivsten diskutierte Form der finanziellen Verflechtung zwischen Exekutive und Medien ist die unmittelbare Beauftragung von aktiven Journalisten durch Ministerien und nachgeordnete Behörden. Diese Praxis unterminiert die verfassungsrechtlich garantierte Staatsferne der Presse auf einer individuellen, personellen Ebene.

### 2.1. Dimensionen und Allokation der Honorare (Bundesebene)

Aus einer Serie von parlamentarischen Anfragen (Kleine Anfragen der Opposition, insbesondere Bundestagsdrucksachen 20/5822 und 20/6355) geht hervor, dass die Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren erhebliche Summen an Journalisten ausgeschüttet hat. Die Gesamtsumme beläuft sich auf rund 2,1 Millionen Euro.<sup>5</sup> Diese Gelder flossen nicht als Subventionen an Verlage, sondern als direkte Honorare an rund 260 Einzelpersonen für Tätigkeiten, die weit außerhalb der originären journalistischen Berichterstattung liegen.<sup>5</sup> Die vergüteten Dienstleistungen umfassen Event-Moderationen, die Leitung von Podiumsdiskussionen, Inhouse-Fortbildungen für Behördenmitarbeiter, Medientrainings, die Konzeption von Vorträgen sowie Lektorate.<sup>3</sup>

Auffällig ist die massive Asymmetrie zugunsten von Mitarbeitern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR). Von den genannten Summen flossen etwa 1,51 Millionen Euro an Journalisten von ARD, ZDF, Deutschlandradio und der Deutschen Welle.<sup>7</sup> Lediglich rund 590.362 Euro gingen an Vertreter des privatwirtschaftlichen Sektors (Zeitungen, Magazine, Privatsender).<sup>7</sup> Diese Diskrepanz lässt darauf schließen, dass staatliche Stellen bei der Auswahl ihrer externen Dienstleister die Reputation und das Vertrauenskapital der öffentlich-rechtlichen Sender gezielt für die eigene Regierungskommunikation instrumentalisieren.

Die nachfolgende Tabelle visualisiert die Verteilung der höchsten Ausgaben auf die jeweiligen Bundesministerien und offenbart die Schwerpunkte der exekutiven Beauftragung:

Auftraggebende Institution (Bundesebene)	Honorare an ÖRR-Journalisten (in EUR)	Honorare an Privatmedien-Journalisten (in EUR)	Prädominanter Zweck der Beauftragung
Auswärtiges Amt (AA)	414.886	95.533	Inhouse-Fortbildung, Medientraining

			(Diplomatenausbildung), redaktionelle Arbeiten 7
<b>Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)</b>	198.807	Keine Daten spezifiziert	Überwiegend Event-Moderationen 7
<b>Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)</b>	142.081	161.022	Überwiegend Event-Moderationen 7
<b>Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)</b>	143.102	Keine Daten spezifiziert	Überwiegend Event-Moderationen 7
<b>Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)</b>	118.183	Keine Daten spezifiziert	Überwiegend Event-Moderationen 7
<b>Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)</b>	110.760	Keine Daten spezifiziert	Ausschließlich Event-Moderationen 7

Ein tieferer Blick in die Datenstruktur der Bundestagsdrucksache 20/5822 zeigt die Regelmäßigkeit dieser Auftragsvergaben. So wurde beispielsweise ein als „Journalist 29“ deklariertes Mitarbeiter der ARD (WDR + SWR) vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), einer dem Bundesfinanzministerium nachgeordneten Behörde, zwischen 2020 und 2023 mehrfach für Medientrainings und Vortragsvorbereitungen gebucht.<sup>9</sup> Das Bundesjustizministerium (BMJ) beauftragte unter anderem „Journalist 6“ (MDR) in den Jahren 2019 und 2021 mehrfach für Moderationen.<sup>9</sup>

## 2.2. Das Transparenzdefizit und juristische Ausflüchte

Die Evaluierung dieser Geldflüsse wird durch eine systematische Intransparenz der Exekutive erschwert. Die Bundesregierung weigerte sich in den Antworten auf die parlamentarischen Anfragen beharrlich, die Klarnamen der vergüteten Journalisten zu nennen, und operierte stattdessen mit Pseudonymen (wie oben zitiert „Journalist 29“).<sup>3</sup> Zur juristischen Legitimation dieser Verschleierung wurde die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) angeführt. Namen seien schützenswerte personenbezogene Daten, und da die Journalisten ihre explizite Einwilligung zur Offenlegung verweigerten, dürfe die Regierung diese nicht publizieren.<sup>8</sup> Ferner wurde argumentiert, die Aufträge seien nicht an die Journalisten als Repräsentanten ihrer Sender vergeben worden, sondern an sie als Privatpersonen im Rahmen einer zulässigen privatwirtschaftlichen Nebentätigkeit, weshalb keine institutionellen Querbeziehungen entstanden seien.<sup>8</sup>

Noch gravierender ist die vollständige Auskunftsverweigerung im Bereich der Nachrichtendienste. Die Regierung lehnte es ab, offenzulegen, ob und in welcher Höhe der Bundesnachrichtendienst (BND) Zahlungen an Journalisten geleistet hat.<sup>10</sup> Auch vier

Bundesministerien (BMI, AA, BMFSFJ, BMWWSB) lieferten bei Nachfragen lückenhafte oder gar keine Daten, wobei sich die Regierung auf den „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ berief, der vom parlamentarischen Informationsrecht nicht tangiert werde.<sup>10</sup>

Dieses rechtliche Konstrukt ignoriert die medienethische und demokratische Realität. Ein Journalist tritt in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als zweigeteilte Persönlichkeit auf. Die strikte Trennung zwischen einer gut bezahlten PR-Moderation am Vormittag und der unvoreingenommenen politischen Berichterstattung in der abendlichen Nachrichtensendung ist eine theoretische Fiktion.

### **2.3. Fallstudien und das Prinzip der „Gewogenheit“**

Die Brisanz dieser Praxis verdeutlicht der Fall der ehemaligen „Tagesschau“-Sprecherin Linda Zervakis. Recherchen ergaben, dass Zervakis für Moderationsaufträge aus dem Bundeskanzleramt – unter anderem für einen moderierten Dialog mit Bundeskanzler Olaf Scholz auf der Digitalkonferenz re:publica im Jahr 2022 – Honorare im Bereich von 9.000 bis 12.000 Euro erhielt.<sup>12</sup> Obwohl ihr Management betonte, die Journalistin und „selbstständige Moderatorin“ lasse sich von keiner Seite vereinnahmen, wirft der Vorgang fundamentale Fragen zur Unabhängigkeit auf.<sup>13</sup> Wenn das Kanzleramt die Moderatorin bezahlt, die den Kanzler auf offener Bühne interviewt, degeneriert das journalistische Format zu einer staatlich finanzierten PR-Inszenierung.

Der Medienwissenschaftler Volker Lilienthal diagnostiziert hier ein „systemisches Problem“, das die Staatsferne der vierten Gewalt akut gefährdet.<sup>5</sup> Die Höhe der Honorare – oftmals Tagessätze, für die Normalbürger wochenlang arbeiten müssten<sup>14</sup> – passt zur lukrativen Welt der Unternehmenskommunikation und von DAX-Konzernen, nicht aber zum habituellen Ethos des Journalismus oder zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern durch Bundesministerien.<sup>5</sup> Lilienthal postuliert zutreffend, dass Geld zwangsläufig „Gewogenheit“ erzeugt.<sup>5</sup> Ein Journalist, der einen signifikanten Teil seines Jahreseinkommens durch Aufträge eines bestimmten Ministeriums bestreitet, wird bei investigativen Recherchen gegen ebendieses Haus unweigerlich in einen Loyalitätskonflikt geraten. Die Sendeanstalten des ÖRR, in denen solche Nebentätigkeiten oft genehmigungspflichtig sind, versäumen es hier kollektiv, den bloßen Anschein von Befangenheit oder Käuflichkeit zu unterbinden.<sup>5</sup> Die Etablierung von Tarifverträgen, die gute Arbeitsbedingungen im ÖRR sichern sollen<sup>15</sup>, verliert ihre legitimatorische Kraft, wenn Protagonisten ihre Prominenz parallel auf dem staatlichen PR-Markt monetarisieren.

## **3. Strukturelle Förderung durch den Staat und die Transformation von NGOs zu Medien**

Während individuelle Honorare die personelle Unabhängigkeit gefährden, zielt die institutionelle Förderung auf die strukturelle Ausrichtung ganzer Redaktionen. Der Staat agiert hier nicht als direkter Käufer von Dienstleistungen, sondern als Subventionsgeber für Medienorganisationen, die vorgeblich dem Gemeinwohl, der Demokratieförderung oder dem Kampf gegen Desinformation dienen. In diesem Feld verschwimmen die Grenzen zwischen unabhängigen

Verlagen, politisch agierenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und staatlichen Agenturen nahezu vollständig.

### **3.1. Die Symbiose von Staat und Recherche-NGOs: Die Causa CORRECTIV**

Das Recherchezentrum CORRECTIV ist das prominenteste Beispiel für eine gemeinnützige Medien-NGO in Deutschland, deren Finanzierungsarchitektur exemplarisch für die Verflechtung von Staatsgeldern, Philanthropie und Journalismus steht. CORRECTIV generiert Einnahmen durch Leserspenden und Stiftungszuwendungen (etwa der Schöpflin Stiftung, die CORRECTIV im Rahmen von „Legacy Grants“ dauerhaft unterstützt)<sup>16</sup>, bezieht jedoch auch substantielle staatliche Fördermittel.

Im Kontext des Bundeshaushalts 2026 wurde intensiv über die Förderung von CORRECTIV durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ diskutiert.<sup>17</sup> Dieses vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verwaltete Programm ist im Haushaltsjahr 2026 mit gewaltigen 191 Millionen Euro ausgestattet.<sup>17</sup> CORRECTIV ist Destinatär dieser Mittel im Rahmen der „Innovationsprojekte“. Konkret fließen staatliche Gelder in das 2024 entwickelte und 2025 gestartete Medienkompetenzprojekt „Brandherd Desinformation“, das CORRECTIV in Kooperation mit der Deutschen Jugendfeuerwehr und dem Deutschen Feuerwehrverband durchführt.<sup>17</sup> Darüber hinaus erhält das Recherchezentrum Gelder aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unter dem Titel der „Stärkung der Medienkompetenz“ und der Bekämpfung von Phänomenen wie „Fake News“.<sup>18</sup>

Diese staatliche Mitfinanzierung führte zu einer massiven politischen Kontroverse, insbesondere nach den CORRECTIV-Recherchen zu einem „Geheimtreffen“ in Potsdam im Januar 2024, an dem Vertreter der AfD, der Werteunion und Aktivisten teilnahmen.<sup>18</sup> Die Berichterstattung löste bundesweite Massendemonstrationen gegen Rechtsextremismus aus und befeuerte die Debatte um ein AfD-Verbot.<sup>19</sup> Kritiker aus Politik und alternativen Medien äußerten daraufhin den Verdacht, die Berichterstattung sei von einem regierungsfreundlichen Bias geprägt, da CORRECTIV de facto von Steuermitteln der Regierungskoalition abhängt.<sup>18</sup> Der Vorwurf lautete, die mediale NGO habe bei öffentlichen Auftritten und in Publikationen die staatliche Mitfinanzierung verschleiert oder zumindest nicht transparent genug kommuniziert.<sup>18</sup>

Die tiefere Problematik liegt hier in der Definitionshoheit. Wenn der Staat Millionenbudgets bereitstellt, um NGOs und Medien im Kampf gegen „Desinformation“ zu unterstützen, definiert die jeweilige Regierungslinie indirekt, was als Desinformation oder als demokratiegefährdend gilt.<sup>17</sup> Eine Medienorganisation, die sich aus diesen Töpfen finanziert, ordnet sich dieser exekutiven Definition unter. Der Journalismus mutiert von einer unabhängigen Kontrollinstanz zu einer staatlich kofinanzierten Vorfeldorganisation, die – ob bewusst oder unbewusst – die Agenda der amtierenden Regierung gegen politische Oppositionsparteien flankiert. Dass solche Grauzonen existieren, bestätigen auch Experten, die darauf hinweisen, dass direkte Parteienförderung zwar verboten ist, politisches Engagement für Demokratie jedoch erlaubt bleibt, solange es formal „parteilich neutral“ erfolgt – ein juristischer Drahtseilakt, wenn Kampagnen und Recherchen faktisch spezifische Parteien treffen.<sup>21</sup>

## **3.2. Lobbyismus für ein neues Fördersystem: Das Forum Gemeinnütziger Journalismus**

Die institutionelle Nähe zum Staat wird nicht nur passiv hingenommen, sondern von einem Netzwerk aus Stiftungen und Medien-NGOs aktiv politisch vorangetrieben. Im November 2019 gründete sich das *Forum Gemeinnütziger Journalismus*.<sup>22</sup> Diesem Zusammenschluss gehören reichweitenstarke digitale Leitmedien wie *netzpolitik.org*, *CORRECTIV*, *Investigate Europe*, *KONTEXT:Wochenzeitung* und *Finanztip* an.<sup>22</sup> Flankiert werden sie von finanzstarken Unterstützern wie der Rudolf Augstein Stiftung, der Schwingenstein Stiftung, der taz Panter Stiftung, der Stiftung Mercator und der GLS-Treuhand.<sup>16</sup>

Das erklärte politische Ziel dieses Netzwerks ist es, die Abgabenordnung in Deutschland dahingehend zu ändern, dass der Journalismus als eigenständiger, gemeinnütziger Zweck rechtlich anerkannt wird.<sup>22</sup> Diese juristische Neudefinition hätte enorme finanzielle Implikationen: Medienunternehmen könnten massiv von Steuerprivilegien profitieren und die Akquise von steuerlich absetzbaren Spenden und Stiftungsgeldern würde signifikant erleichtert.<sup>23</sup> Das Forum nutzt seine publizistische Macht, um die Politik unter Druck zu setzen, Koalitionsverträge „ernst zu nehmen“ und den Non-Profit-Journalismus rechtssicher zu machen.<sup>23</sup> Auf Landesebene wurden bereits Vorstöße unternommen, wie etwa eine Bundesratsinitiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die dieses Anliegen in die Gesetzgebung einbringen wollte.<sup>22</sup>

Dieses Phänomen zeigt eine bemerkenswerte Rollenumkehr: Medien, die originär die Gesetzgebung kritisch begleiten sollen, formieren sich zu einer organisierten Lobbygruppe (Interest Group), die handfeste fiskalische Privilegien vom Staat einfordert. Die Abhängigkeit vom Staatswillen wird somit nicht nur akzeptiert, sondern als überlebensnotwendiges Geschäftsmodell institutionalisiert.

## **4. Die Europäische Union als supranationaler Medienfinanzier**

Auf supranationaler Ebene hat sich die Europäische Union (EU) in den letzten Jahren zu einem der finanzstärksten und einflussreichsten Förderer der europäischen und damit auch der deutschen Medienlandschaft entwickelt.<sup>24</sup> Unter dem Paradigma der Krisenintervention – der Rettung des Journalismus vor dem wirtschaftlichen Kollaps und dem Kampf gegen antieuropäische Desinformation – fließen gewaltige Summen aus dem EU-Haushalt direkt in die Kassen von Medienunternehmen.

### **4.1. Förderprogramme und Allokationsstruktur (Creative Europe)**

Die direktesten Subventionen für redaktionelle Inhalte fließen über das Programm *Creative Europe* (Laufzeit 2021–2027).<sup>25</sup> Dieses Programm gliedert sich in verschiedene Stränge, wobei der „Cross-sectoral“-Strang spezifisch Nachrichtenmedien (News Media) unterstützt.<sup>25</sup> Die Europäische Kommission agiert hierbei als direkte Vergabestelle (Direct Management).<sup>25</sup>

Ein zentrales Vehikel sind die sogenannten *Journalism Partnerships*. In den Ausschreibungsjahren 2022 und 2023 schüttete die EU 14 Millionen Euro aus, um sektorweite, grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Nachrichtenmedien zu etablieren.<sup>27</sup> Der Andrang ist immens: Während 2021 aus 32 Bewerbungen 7 Projekte ausgewählt wurden, stieg die Zahl der Bewerbungen bis zur dritten Welle auf 74, von denen 8 gefördert wurden.<sup>28</sup> Im Jahr 2025 wurde das Budget weiter aufgestockt: Allein 6,9 Millionen Euro flossen in den Bereich „Pluralism“, der explizit Organisationen unterstützt, die Gelder an lokale und regionale Medien sowie investigative Netzwerke verteilen.<sup>27</sup> Ein weiteres „Preparatory Action“-Programm stellte 1,6 Millionen Euro bereit, um die Reichweite von Faktenprüfer-Organisationen (Fact-Checking) in der EU zu erhöhen.<sup>27</sup>

Deutsche Medienhäuser sind überproportional erfolgreich in der Akquise dieser europäischen Steuermittel. Analysen der Mittelverteilung zeigen, dass Projekte mit deutscher Beteiligung 18,4 Prozent der europäischen Fördergelder abrufen, womit Deutschland gemeinsam mit Spanien (15,1 %) und Italien (10,9 %) zu den Hauptprofiteuren gehört.<sup>24</sup> Diese Mittel ermöglichen komplexe Recherchen, die ohne Subventionen kaum finanzierbar wären. So wurden bei den vom IJ4EU-Fonds (Investigative Journalism for Europe) unterstützten Impact Awards 2025 mehrere Konsortien mit deutscher Beteiligung prämiert.<sup>29</sup> Das Projekt *Deadly Prices*, das die Preisgestaltung der Pharmaindustrie kritisch durchleuchtete, wurde von *Investigate Europe* unter direkter Beteiligung des NDR, des WDR und der Süddeutschen Zeitung (SZ) durchgeführt.<sup>29</sup> Das Projekt *Desert Dumps*, welches die Rolle von EU-Fonds bei der Abschiebung von Migranten in Nordafrika aufarbeitete, wurde unter anderem vom *Spiegel* und der *Tagesschau* realisiert.<sup>29</sup>

Die nachfolgende Tabelle fasst die wesentlichen EU-Förderinstrumente und deren Volumina zusammen:

<b>EU-Förderinstrument / Programm</b>	<b>Relevanter Zeitraum</b>	<b>Budget / Subventionsvolumen</b>	<b>Zielsetzung und deutsche Beteiligung</b>
<b>Creative Europe (Journalism Partnerships)</b>	2022 – 2023	14,0 Mio. EUR <sup>27</sup>	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Deutschland bezieht ca. 18,4% der Gesamtmittel <sup>24</sup> )
<b>Journalism Partnerships (Pluralism Call)</b>	2025	6,9 Mio. EUR <sup>27</sup>	Förderung von Lokal- und Investigativjournalismus <sup>27</sup>
<b>Preparatory Action (Fact-Checking)</b>	Laufend (ca. 12-18 Mon.)	1,6 Mio. EUR <sup>27</sup>	Vergrößerung der Reichweite von Fact-Checking-Organisationen <sup>27</sup>
<b>IJ4EU (Investigative)</b>	2025 (Award-Jahr)	Projektabhängig	Querfinanzierung von

Journalism for Europe)			Recherchen (NDR, WDR, SZ, Spiegel, Tagesschau) <sup>29</sup>
------------------------	--	--	--

## 4.2. Marktverzerrung und die Hegemonie der Großverlage

Trotz der hehren Ziele der EU-Medienförderung – der Stärkung des Pluralismus und der Bekämpfung lokaler Nachrichtenwüsten („News Deserts“) – führt die Vergabepaxis zu paradoxen, stark marktverzerrenden Effekten. Studien zur EU-Förderung zeigen auf, dass die bürokratischen Hürden für den Erhalt von EU-Grants extrem hoch sind.<sup>2</sup> Der Prozess der Antragstellung, die juristische Prüfung und das anschließende Auditing der Ausgaben erfordern eine administrative Infrastruktur, über die in der Regel nur etablierte Großverlage (wie der Spiegel-Verlag oder die Süddeutsche Zeitung) sowie hochprofessionelle, durch Stiftungen beratene NGO-Netzwerke verfügen.<sup>2</sup>

Kleinere, unabhängige und lokale Redaktionen, die den wirtschaftlichen Druck am stärksten spüren, werden von diesem bürokratischen Komplex faktisch ausgeschlossen.<sup>2</sup> Das Resultat ist eine Kumulation europäischer Subventionen bei Medienhäusern, die ohnehin über beträchtliche Ressourcen verfügen. Die EU-Gelder dienen somit nicht als Innovationstreiber für bedrohte Nischen, sondern subventionieren die Recherchebudgets ohnehin dominanter Marktteilnehmer, was die Ungleichheit auf dem Medienmarkt weiter verschärft.

## 4.3. Dependency-Syndrom und der ECA-Sonderbericht (2025)

Das weitaus kritischere Problem betrifft die publizistische Integrität. Die Empfänger von EU-Fördermitteln entwickeln, so zeigen medienwissenschaftliche Analysen, eine ausgeprägte Abhängigkeitsstruktur (Dependency).<sup>2</sup> Subventionen lindern temporär finanzielle Nöte, führen aber selten zur Entwicklung tragfähiger, zukunftssicherer Geschäftsmodelle, die ohne externe Hilfe auskommen.<sup>2</sup> Die dauerhafte Finanzierung durch Brüsseler Institutionen erzeugt bei den begünstigten Medien eine psychologische Hemmschwelle („hesitancy“), fundamentale Kritik an den finanzierenden EU-Institutionen zu üben.<sup>2</sup> Es entsteht ein subtiler Konformitätsdruck: Wer sich bei der nächsten Vergaberunde um Millionenbeträge bewerben möchte, wird eine prinzipielle europakritische Berichterstattung oder die schonungslose Aufdeckung von Fehlentwicklungen innerhalb der Kommission im Zweifel meiden.

Dieses System der potenziellen politischen Selbstbestätigung durch Steuergelder steht auf einem Fundament eklatanter Intransparenz, wie der Europäische Rechnungshof (ECA) in seinem Sonderbericht 11/2025 vom April 2025 schonungslos aufdeckte.<sup>30</sup> Der ECA untersuchte die Vergabe von EU-Mitteln im Bereich der internen Politiken (inklusive Medien und Zivilgesellschaft) an Nichtregierungsorganisationen. Der Bericht stellte fest, dass zwischen 2021 und 2023 mehr als 12.000 NGOs EU-Gelder in Höhe von gewaltigen 7,4 Milliarden Euro erhielten.<sup>31</sup>

Die Prüfer bemängelten jedoch schwerwiegende Defizite:

- **Fehlende Übersicht:** Die Europäische Kommission verfügt über keinen verlässlichen Gesamtüberblick über die exakte Verteilung der Gelder. Das Finanztransparenzsystem

(FTS) der EU veröffentlicht Daten nur hochgradig fragmentiert.<sup>26</sup>

- **Konzentration:** Über das letzte Jahrzehnt floss ein substanzieller Teil der direkten Kommission-Fördergelder an eine sehr kleine, elitäre Gruppe von NGOs.<sup>31</sup>
- **Verschleierung von Lobbying:** Die Kommission legte bestimmte EU-finanzierte Advocacy-Aktivitäten, die de facto Lobbyismus darstellten, nicht korrekt offen.<sup>31</sup> (Erst 2024 erließ die Kommission Vorgaben, dass Förderempfänger nicht zum Lobbying verpflichtet werden dürfen<sup>30</sup>).
- **Definitionslücken:** Es fehlt auf EU-Ebene an einer rechtlich verbindlichen Definition, was überhaupt eine NGO ist, was zu erheblichen Klassifizierungsproblemen im Transparenzregister führt.<sup>31</sup>

Diese systematische Intransparenz, die insbesondere nach dem sogenannten „Qatargate“-Skandal im Jahr 2022 in den Fokus der Öffentlichkeit rückte<sup>30</sup>, bietet den Nährboden für harsche politische Kritik. Kritiker, wie der Think-Tank MCC Brussels, sprechen gar von einem „EU-NGO-Propaganda-Komplex“.<sup>32</sup> Sie werfen der EU vor, ein gigantisches Netzwerk aus handzahmen Medien und NGOs aufgebaut zu haben, das von EU-Steuerzahlern finanziert werde, um ideologische und kommissionskonforme Narrative zu verbreiten, oft entgegen den Wünschen der europäischen Bürger.<sup>32</sup> Die Undurchsichtigkeit des FTS, in dem oft nicht der eigentliche Begünstigte (Letztempfänger) ausgewiesen wird<sup>32</sup>, macht eine unabhängige zivilgesellschaftliche Kontrolle dieses Finanzierungskomplexes nahezu unmöglich.

## 5. Philanthrokapitalismus: Stiftungen als architektonische Kraft

Die vielleicht einflussreichste, da am wenigsten der demokratischen Kontrolle unterliegende Finanzierungsquelle ist die internationale und nationale Philanthropie. Großstiftungen haben sich in den letzten fünf Jahren von passiven Wohltätern zu aktiven, strategisch planenden Politikakteuren transformiert. Dieser Ansatz, oft als „strategische Philanthropie“ bezeichnet, zielt auf messbaren gesellschaftlichen Impact.<sup>6</sup> Stiftungen agieren im Mediensektor nicht länger als reine Spender, sondern als Produzenten von Diplomatie und politischen Narrativen („Stakegivers“).<sup>33</sup>

### 5.1. Globale Hegemonen: BMGF und OSF

Die *Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF)* und die *Open Society Foundations (OSF)* gehören zu den mächtigsten Finanziers im globalen und europäischen Medienökosystem.

Die **Gates Foundation** verfolgt eine hochgradig fokussierte Agenda, primär in den Bereichen globale Gesundheit (Infektionskrankheiten, Impfprogramme), Landwirtschaft und Bildung.<sup>34</sup> Zwar fließen die meisten Gelder direkt an Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), der die BMGF zwischen 2000 und 2024 rund 5,5 Milliarden Dollar zuwandte<sup>34</sup>, doch investiert die Stiftung parallel massiv in die Medienlandschaft, um die öffentliche Wahrnehmung ihrer Interventionen zu steuern. Seit dem Jahr 2000 hat die BMGF mehr Geld für Medienpartnerschaften ausgegeben als fast jede andere philanthropische Organisation (z.B.

rund 20 Millionen Dollar allein im Jahr 2018).<sup>36</sup> In den USA finanzierte sie beispielsweise die *Education Writers Association* mit 725.000 Dollar, um die Berichterstattung über Bildungspolitik zu prägen.<sup>35</sup> In Deutschland trat die Gates Foundation als prominenter Geldgeber für Innovationsprojekte des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* auf.<sup>4</sup> Wenn ein milliardenschwerer Akteur, der die globale Gesundheitspolitik technologisch dominiert, gleichzeitig die reichweitenstärksten Leitmedien finanziert, entsteht zwangsläufig ein intellektuelles Framing: Kritik an den Paradigmen der Stiftung wird marginalisiert, techno-lösungsorientierte Ansätze werden medial überrepräsentiert.<sup>34</sup>

Die von George Soros gegründeten **Open Society Foundations (OSF)** operieren mit einem noch direkteren politischen Mandat. Die OSF verfügt über ein Kapital von rund 22 Milliarden Dollar und verteilte allein im Jahr 2021 rund 1,5 Milliarden Dollar an NGOs, Medien und politische Akteure weltweit.<sup>4</sup> Die Stiftung fördert gezielt liberale Narrative, Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte und offene Grenzen.<sup>4</sup> In den letzten Jahren zählte die OSF zu den größten Financiers im Bereich der Medienentwicklung (Media Development) und der Unterstützung europäischer Recherche-Netzwerke.<sup>39</sup> Auch wenn sich die OSF aus bestimmten regionalen Medienförderprogrammen zurückziehen ankündigte<sup>39</sup>, bleibt ihr struktureller Fußabdruck in den Redaktionen von NGOs und progressiven Verlagen gewaltig. Der Erhalt von OSF-Geldern ist oft ein Katalysator, um weitere europäische Fördermittel freizuschalten.

## 5.2. Nationale Stiftungsnetzwerke: Schöpflin, Mercator und Augstein

In Deutschland wird die Lücke des weichenden Risikokapitals für Journalismus zunehmend durch ein gut koordiniertes Netzwerk einheimischer Stiftungen gefüllt. Diese Stiftungen bündeln ihre Ressourcen und schaffen eine komplett neue infrastrukturelle Basis für den Journalismus. Die **Schöpflin Stiftung** hat sich als zentraler Player positioniert. Sie fördert Projekte, die kritisches Bewusstsein, eine lebendige Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft stärken sollen.<sup>42</sup> Seit 2024 bündelt die Stiftung ihre Journalismusförderung strategisch in drei Institutionen:

- **Publix:** Ein von der Stiftung initiiertes physisches Haus für Journalismus und Öffentlichkeit in Berlin, das als Hub für Medienmacher fungiert.<sup>16</sup>
- **Media Forward Fund (MFF):** Ein paneuropäischer Fonds (siehe Kapitel 6).
- **JX Fund (Journalism in Exile):** Gemeinsam mit Reporter ohne Grenzen und der Rudolf Augstein Stiftung gegründet, um Exiljournalisten zu unterstützen.<sup>16</sup> Darüber hinaus unterhält die Schöpflin Stiftung sogenannte „Legacy Grants“ (langjährige Förderpartnerschaften) mit einflussreichen Organisationen wie *CORRECTIV*, *Investigate Europe*, *AlgorithmWatch* und *FragDenStaat*.<sup>16</sup>

Die **Stiftung Mercator** und die **Rudolf Augstein Stiftung** agieren kongenial in diesem Ökosystem. Mercator, die neben dem Medienbereich stark in der Klimapolitik und der europäischen Integration involviert ist<sup>33</sup>, und Augstein, die massiv den investigativen Lokaljournalismus stützt<sup>44</sup>, sind die Architekten des gemeinnützigen Journalismus-Diskurses in Deutschland. Sie fördern das *Netzwerk Recherche* (welches wiederum die Leuchtturm-Preise vergibt) und finanzieren dessen professionelle Geschäftsstelle.<sup>44</sup> Auch die **Robert Bosch**

**Stiftung** greift mit detaillierten Ausschreibungen aktiv in den Markt ein. Um Gelder der Bosch Stiftung zu erhalten, müssen Antragsteller exakt nachweisen, dass ihre Projekte auf die spezifischen Themenschwerpunkte der Stiftung (wie Zuwanderung oder Friedensförderung) zugeschnitten sind.<sup>45</sup>

Die nachfolgende Tabelle illustriert die Vernetzung und die Fokussierung der wichtigsten nationalen Stiftungen:

<b>Stiftung</b>	<b>Kerninitiativen &amp; Geförderte Medien (Auswahl)</b>	<b>Förderschwerpunkte / Agenden</b>
<b>Schöpflin Stiftung</b>	Publix, JX Fund, MFF, CORRECTIV, Investigate Europe, AlgorithmWatch <sup>16</sup>	Lebendige Demokratie, kritische Öffentlichkeit, Exiljournalismus <sup>16</sup>
<b>Rudolf Augstein Stiftung</b>	MFF, JX Fund, Netzwerk Recherche, Forum Gemeinnütziger Journalismus <sup>23</sup>	Investigativer Lokaljournalismus, Strukturförderung für Recherchen <sup>44</sup>
<b>Stiftung Mercator</b>	MFF, Forum Gemeinnütziger Journalismus, diverse Bildungsprojekte <sup>22</sup>	Medienvielfalt, Klimaschutz, Integration, europäische Verständigung <sup>22</sup>
<b>Robert Bosch Stiftung</b>	Themenspezifische Projektausschreibungen (Direct Grants) <sup>45</sup>	Zuwanderung, lokales Peacebuilding, Bildung (Deutsches Schulbarometer) <sup>46</sup>

### 5.3. Die Redaktion als Vorfeldorganisation

Die Konsequenz dieser Stiftungsdominanz ist eine fundamentale Veränderung des redaktionellen Alltags. Medienunternehmen agieren zunehmend wie akademische Institute oder NGOs, die „Grant Proposals“ (Förderanträge) schreiben müssen. Wenn Chefredakteure ihre Themenfindung („Pitching“) nicht mehr nach dem Informationsbedürfnis ihrer Leser ausrichten, sondern nach den Ausschreibungskriterien von Großstiftungen, verschiebt sich die gesamtgesellschaftliche Agenda. Liegt der finanzielle Förderschwerpunkt der Mercator oder Schöpflin Stiftung in einem Jahr auf den Themen „Demokratiegefährdung von rechts“ und „Klimaschutz“, werden investigative Kapazitäten zwangsläufig dorthin allokiert. Themen, für die es keine finanzstarken philanthropischen Lobbyisten gibt – etwa kritische Analysen ineffizienter Sozialbürokratien, Verfehlungen in der Asylpolitik oder industrieller Niedergang –, drohen im subventionierten Journalismus systematisch unterrepräsentiert zu bleiben. Der Journalismus verliert seinen Status als neutraler Beobachter und wird zur Echokammer seiner philanthropischen Finanziers.

## 6. Hybride Finanzierungsnetzwerke: Der Media Forward Fund (MFF)

Die Verschmelzung von staatlichen Interessen, supranationalen Defiziten und philanthropischer

Machtkulisse kulminiert in neuartigen, hochkomplexen Förderinstrumenten. Das herausragendste Beispiel der letzten Jahre ist der *Media Forward Fund (MFF)*. Der MFF wurde 2024 als erster länderübergreifender Fonds für Journalismusförderung in Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH-Raum) implementiert.<sup>47</sup> Er ist zunächst mit einem Kapital von zehn Millionen Euro dotiert.<sup>47</sup> Sein erklärtes Ziel ist es, gemeinwohlorientierte Medienorganisationen bei der Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle zu unterstützen, um die Vielfalt im Lokaljournalismus und damit die Demokratie zu stärken.<sup>16</sup>

Das Konstrukt ist bemerkenswert: Auf der einen Seite stehen private und institutionelle Finanziere. Initiator war die Schöpflin Stiftung, hinzu traten die Rudolf Augstein Stiftung, die Stiftung Mercator Schweiz, die Volkart Stiftung, die ZEIT STIFTUNG BUCERIUS, die Allianz Foundation, die ERSTE Stiftung sowie Impact Investoren wie die Karma Capital Group.<sup>44</sup> Im Rahmen einer Förderlinie für Wissenschafts- und Datenjournalismus stießen 2025 zudem die Deutsche Postcode Lotterie und die amerikanische MacArthur Foundation hinzu.<sup>47</sup> Auf der anderen Seite ist der Staat tief in die Genese des Fonds involviert: Die Entwicklung des MFF wurde mit einer substanziellen Projektförderung durch die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unterstützt.<sup>44</sup> Im September 2025 stieg zudem das deutsche Bundesministerium für Forschung, Technik und Bildung formell als Partner ein.<sup>47</sup> Der Fonds vergibt erhebliche Summen, die den Fortbestand ganzer Redaktionen sichern. Geplant sind Förderungen in Höhe von 200.000 Euro für Projektförderungen und bis zu 400.000 Euro für Organisationsförderungen (über zwei Jahre).<sup>47</sup> Zwischen 2024 und Ende 2025 erhielten insgesamt elf Medienorganisationen Förderungen in Höhe von über drei Millionen Euro.<sup>47</sup> Zu den prominentesten Empfängern gehört das in Leipzig ansässige Podcastradio *detektor.fm*, das im Dezember 2025 eine Förderung von 500.000 Euro erhielt, um ein Audio-Format zur Stärkung der Informationsversorgung in Ostdeutschland (Sachsen-Anhalt) aufzubauen.<sup>47</sup> Weitere Empfänger waren das Projekt *Wüstenradar* des Netzwerks Recherche (300.000 Euro) sowie das Projekt *Dekoder* (75.000 Euro für Newsletter-Entwicklung zu Osteuropa).<sup>42</sup> In der zweiten Förderrunde (Juli 2025) flossen 1,5 Millionen Euro an Medien, die "transformative Geschäftsmodelle im Lokaljournalismus" betreiben (z.B. Community-Journalismus im urbanen Raum).<sup>47</sup>

Begünstigte Organisation (MFF)	Fördersumme / Zeitraum	Projektzweck
<b>detektor.fm (BEBE Medien)</b>	500.000 EUR	Stärkung der Informationsversorgung in Ostdeutschland (Podcast, Newsletter, Events) <sup>47</sup>
<b>Netzwerk Recherche (Wüstenradar)</b>	300.000 EUR (2024–2026)	Systematisches Monitoring des Zeitungssterbens in Deutschland <sup>47</sup>
<b>Dekoder</b>	75.000 EUR	Newsletter zu Entwicklungen in Russland, der Ukraine und

		Belarus <sup>42</sup>
<b>6 Medien (Allg. &amp; Sci-Förderlinie)</b>	1,5 Mio. EUR (Juli 2025)	Transformative Geschäftsmodelle im Lokaljournalismus; Wissenschaftsjournalismus <sup>47</sup>

Der MFF offenbart das strukturelle Problem zentralisierter Förderstrukturen (Centralized Funding). Wie Analysen der Governance-Struktur solcher Fonds zeigen, schränkt die gebündelte Vergabe von Fördermitteln die Vielfalt der Finanzierungsoptionen auf dem Markt massiv ein.<sup>51</sup> Ministerien und Stiftungen übertragen ihre finanziellen Mittel an ein zentrales Gremium (den Fonds), dessen Jury anschließend bestimmt, was „gemeinwohlorientiert“ oder „demokratiefördernd“ ist. Redaktionen, die den politisch-gesellschaftlichen Konsens dieses Gremiums nicht teilen, bleiben von den Subventionen ausgeschlossen. Es entsteht eine kartellartige Zuteilungsmaschine, in der staatliche Steuergelder und privates Stiftungskapital vermengt werden, um eine regierungs- und stiftungskompatible Medienvielfalt von oben herab zu orchestrieren, anstatt den Pluralismus dem freien Wettbewerb der Leserpräferenzen zu überlassen.

## 7. Die Illusion der Transparenz: Registerlücken und Geldwäscherichtlinien

Um die Integrität der öffentlichen Meinungsbildung zu schützen, wäre eine lückenlose Nachverfolgbarkeit dieser immensen Finanzströme unabdingbar. In der Theorie sollen Instrumente wie das deutsche Transparenzregister (basierend auf der 4. EU-Geldwäscherichtlinie) sicherstellen, dass die „wirtschaftlich Berechtigten“ (Beneficial Owners) von Unternehmen, NGOs und Stiftungen offengelegt werden.<sup>52</sup> Wer Gesellschafter mit Wohnsitz in Deutschland ist oder EU-Gelder verarbeitet, unterliegt strengen Angabepflichten gegenüber dem Register.<sup>53</sup>

Die Praxis in der Medien- und NGO-Finanzierung sieht jedoch grundlegend anders aus. Ein Bericht von Transparency International Deutschland entlarvt das System als „Versteckspiel“.<sup>55</sup> Demnach meldeten in Tausenden Fällen Rechtseinheiten – darunter auch NGOs und Stiftungen, die als Intermediäre fungieren – lediglich fiktive wirtschaftlich Berechtigte, also ausschließlich formale gesetzliche Vertreter oder geschäftsführende Gesellschafter, ohne die eigentlichen finanziellen Hintermänner oder die Herkunft der Großspenden zu deklarieren.<sup>55</sup> Diese juristische Lücke ermöglicht es globalen Playern (wie der Open Society Foundations oder ausländischen Regierungen), Gelder über mehrstufige Stiftungsgeflechte und zwischengeschaltete NGOs nach Deutschland zu transferieren. Da die Registerführenden Stellen (wie der Bundesanzeiger Verlag und das Bundesverwaltungsamt) keine generelle proaktive Prüfpflicht haben, bleibt es für die Öffentlichkeit und selbst für investigative Journalisten extrem schwer bis unmöglich nachzuvollziehen, welcher Letztbegünstigte in der Medienlandschaft eigentlich von wessen politischem Kapital profitiert.<sup>52</sup> Die Undurchsichtigkeit der EU-eigenen Systeme (FTS) potenziert dieses Problem auf europäischer Ebene.<sup>26</sup>

## 8. Synthese und systemische Konsequenzen

Die Kumulation von direkten Ministeriumshonoraren an Journalisten, massiven Projektförderungen durch Bundesprogramme, intransparenten EU-Milliarden und der gebündelten Kapitalmacht politischer Großstiftungen führt zu einer historischen Deformation der Medienordnung in Deutschland. Der Journalismus verabschiedet sich schrittweise von seinem marktwirtschaftlichen Fundament und transformiert sich zu einem subventionsgetriebenen Sektor.

Diese Entwicklung hat drei gravierende systemische Konsequenzen:

**1. Korrosion der Kontrollfunktion (Wachhund-Funktion):** Eine Presse, deren wirtschaftliche Existenz von staatlichen Kofinanzierungen (wie bei CORRECTIV durch das BMFSFJ), EU-Grants oder Ministeriums-Moderationen (wie im Fall Zervakis) abhängt, büßt ihre Glaubwürdigkeit als unabhängige „Vierte Gewalt“ ein.<sup>3</sup> Die Hemmschwelle, die Hand zu beißen, die das Überleben der Redaktion sichert, wächst proportional zur Höhe der Subventionen. Der Anschein der Käuflichkeit ist in einer polarisierten Gesellschaft ebenso schädlich für das demokratische Vertrauen wie tatsächliche Einflussnahme.<sup>5</sup>

**2. NGOisierung und die Diktatur der Metriken:** Die Ausrichtung an Stiftungsvermögen (Mercator, Bosch, Schöpflin, Gates) zwingt Redaktionen in die Logik von Projektanträgen.<sup>6</sup> Journalismus wird nicht mehr am publizistischen Wert einer Nachricht gemessen, sondern an vordefinierten Impact-Zielen (z.B. „Förderung von Inklusion“, „Klimaschutz-Awareness“). Dies führt zu einer Homogenisierung des medialen Outputs entlang der ideologischen Präferenzen einer elitären Philanthropie-Klasse. Abweichende oder unpopuläre Fragestellungen, für die kein philanthropisches Risikokapital bereitsteht, werden systematisch aus dem öffentlichen Diskurs gedrängt.

**3. Das Risiko der staatlich gelenkten Öffentlichkeit:** Initiativen wie der Media Forward Fund oder die Bestrebungen des Forums Gemeinnütziger Journalismus zeigen die Etablierung eines staatsnahen Parallelmarktes.<sup>22</sup> Wenn der Staat Ministerien einsetzt, um gemeinsam mit privaten Stiftungen darüber zu entscheiden, welche Medien als „gemeinwohlorientiert“ gelten und somit (steuerliche oder direkte) Fördermittel in Millionenhöhe verdienen, erhält die Exekutive einen gewaltigen Hebel zur Steuerung der Meinungsvielfalt.<sup>23</sup> Es droht die Entstehung eines politisch-medialen Komplexes, der den freien Diskurs nicht schützt, sondern in einem staatlich genehmigten Korridor kanalisiert.

Die Sicherung von Qualitätsjournalismus in der digitalen Ära ist eine legitime und hochrelevante gesellschaftliche Aufgabe. Die gegenwärtige Praxis der unregulierten, intransparenten und hochgradig interessengeleiteten Drittmittelfinanzierung erweist sich jedoch als toxisch für die Unabhängigkeit der Medien. Um diesen Trend zu stoppen, bedarf es zwingend der vollständigen Offenlegung aller Zahlungsströme (ohne DSGVO-Ausflüchte bei Regierungsaufträgen), strikter Inkompatibilitätsregeln für Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie einer radikalen Reform der Transparenzregister auf nationaler und europäischer Ebene. Nur so kann die Demarkationslinie zwischen PR, Lobbyismus und kritischem Journalismus wiederhergestellt werden.

## Referenzen

1. (PDF) Warum Deutschland staatliche Presseförderung braucht - ResearchGate, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.researchgate.net/publication/355176234\\_Warum\\_Deutschland\\_staatl\\_iche\\_Presseforderung\\_braucht](https://www.researchgate.net/publication/355176234_Warum_Deutschland_staatl_iche_Presseforderung_braucht)
2. Media Financing in Europe - Center for the Study of Democracy (CSD), Zugriff am März 27, 2026, [https://csd.eu/fileadmin/user\\_upload/publications\\_library/files/2024\\_11/Media\\_Financing\\_in\\_Europe.pdf](https://csd.eu/fileadmin/user_upload/publications_library/files/2024_11/Media_Financing_in_Europe.pdf)
3. Antwort - Landtag NRW, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-5024.pdf>
4. Die neue dritte Finanzierungssäule, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.unige.ch/philanthropie/download\\_file/552/0](https://www.unige.ch/philanthropie/download_file/552/0)
5. Drucksache 20/7875 - Deutscher Bundestag, Zugriff am März 27, 2026, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007875.pdf>
6. Stiftungen der Gesellschaft - Zur organisierten Philanthropie der Gegenwart - SSOAR: Social Science Open Access Repository - GESIS, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/94668/ssoar-2024-goeke\\_et\\_al-Stiftungen\\_der\\_Gesellschaft\\_Zur\\_organisierten.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2024-goeke\\_et\\_al-Stiftungen\\_der\\_Gesellschaft\\_Zur\\_organisierten.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/94668/ssoar-2024-goeke_et_al-Stiftungen_der_Gesellschaft_Zur_organisierten.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2024-goeke_et_al-Stiftungen_der_Gesellschaft_Zur_organisierten.pdf)
7. Honorarzahungen von Bundesministerien an Journalisten - Deutscher Bundestag, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-943118>
8. (20230417 Zahlungen Journalisten öff-rch Rundfunk.xlsx) - Landtag Niedersachsen, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen\\_19\\_02500/01001-01500/19-01181.pdf](https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_19_02500/01001-01500/19-01181.pdf)
9. Drucksache 20/5822 - Deutscher Bundestag, Zugriff am März 27, 2026, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005822.pdf>
10. Drucksache 20/7546 - Deutscher Bundestag, Zugriff am März 27, 2026, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007546.pdf>
11. Sächsischer Landtag, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum\\_6-84\\_1.pdf](https://www.landtag.sachsen.de/data/xml/sitzungskalender/Plenum_6-84_1.pdf)
12. Linda Zervakis soll 12.000 Euro vom Kanzleramt für Auftritt erhalten haben - DER SPIEGEL, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.spiegel.de/kultur/tv/auftritt-bei-der-re-publica-linda-zervakis-soll-12-000-euro-vom-kanzleramt-erhalten-haben-a-763e5cb0-2c7f-41e3-a5d6-f9edf6f39a19>
13. Aufträge aus dem Kanzleramt: 9000 Euro für „Tagesschau“-Sprecherin Zervakis, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.tagesspiegel.de/politik/auftrage-aus-dem-kanzleramt-9000-euro-fur-ta>

- [gesschau-sprecherin-zervakis-9530747.html](#)
14. Von der Regierung bezahlte Journalisten: 11.000 Euro für eine Moderation | taz.de, Zugriff am März 27, 2026, <https://taz.de/Von-der-Regierung-bezahlte-Journalisten/!5922574/>
  15. Tarife und Honorare - Rundfunk - Ver.di, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.verdi.de/medien/rundfunk/tarife-und-honorare>
  16. Journalismusförderung – Schöpflin Stiftung, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.schoepflin-stiftung.de/foerdern/journalismusfoerderung/>
  17. Warum die Berichte über angebliche Kürzungen bei CORRECTIV falsch sind, Zugriff am März 27, 2026, <https://correctiv.org/in-eigener-sache/2026/03/24/warum-die-berichte-ueber-angebliche-kuerzungen-bei-correctiv-falsch-sind/>
  18. Drucksache 20/12475 - Deutscher Bundestag, Zugriff am März 27, 2026, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012475.pdf>
  19. Bericht 2024 - Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen., Zugriff am März 27, 2026, <https://www.publikationen-bundesregierung.de/resource/blob/2277952/2310968/34e86346b0ef75cd501c5890e4ae8515/zum-stand-der-deutschen-einheit-2024-download-bkamt-data.pdf>
  20. Deutschland Archives - Verfassungsblog, Zugriff am März 27, 2026, <https://verfassungsblog.de/category/regionen/policy/>
  21. Nachrichten - DAG-SHG, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.dag-shg.de/aktuelles/nachrichten/>
  22. Antwort - Landtag NRW, Zugriff am März 27, 2026, <https://opal.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-8469.pdf>
  23. MEDIENPOLITIK: „Macht endlich gemeinnützigen Journalismus in Deutschland möglich!“, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.nordstadtblogger.de/medienpolitik-macht-endlich-gemeinnuetzigen-journalismus-in-deutschland-moeglich/>
  24. EU Funding in the Media - Media and Journalism Research Center, Zugriff am März 27, 2026, <https://journalismresearch.org/2024/06/eu-funding-in-the-media/>
  25. REPORT on the implementation of the Creative Europe Programme 2021-2027 | A9-0425/2023 | European Parliament, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0425\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0425_EN.html)
  26. Financial Transparency System - European Commission, Zugriff am März 27, 2026, <https://ec.europa.eu/budget/financial-transparency-system/index.html>
  27. EU funding opportunities for the news media sector | Shaping Europe's digital future, Zugriff am März 27, 2026, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/funding-news-media-sector>
  28. Third generation of EU-supported Journalism Partnerships ready to help the news sector, Zugriff am März 27, 2026, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/third-generation-eu-supported-journalism-partnerships-ready-help-news-sector>
  29. IJ4EU Impact Award 2025 Winners, Zugriff am März 27, 2026,

- <https://www.ecpmf.eu/ij4eu-impact-award-2025-winners/>
30. Special report 11/2025: Transparency of EU funding granted to NGOs, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.eca.europa.eu/en/publications?ref=SR-2025-11>
  31. ECA: EU Money Granted to NGOs Still Not Transparent - eucrim, Zugriff am März 27, 2026, <https://eucrim.eu/news/eca-eu-money-granted-to-ngos-still-not-transparent/>
  32. Following shocking new report about scale of the EU-NGO propaganda complex, MCC Brussels calls for establishment of EU DOGE, Zugriff am März 27, 2026, <https://brussels.mcc.hu/news/press-release-following-shocking-new-report-about-scale-of-eu-funding-for-propaganda-mcc-brussels-calls-for-establishment-of-eu-doge>
  33. Wege der Verständigung - Stiftung Mercator, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3\\_Publikationen/Wege\\_der\\_Verstaendigung.pdf](https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Wege_der_Verstaendigung.pdf)
  34. Who's leading WHO? A quantitative analysis of the Bill and Melinda Gates Foundation's grants to WHO, 2000-2024 | BMJ Global Health, Zugriff am März 27, 2026, <https://gh.bmj.com/content/10/10/e015343>
  35. INV-035474 - Gates Foundation, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.gatesfoundation.org/-/media/files/bmgf-grants.csv>
  36. Foundations - MediaDev Fundraising Guide, Zugriff am März 27, 2026, <https://fundraising-guide.gfmd.info/mediadev-funding/donors/foundations>
  37. Die neue dritte Finanzierungssäule - Gilles Marchand, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.gillesmarchand.ch/de/die-neue-dritte-finanzierungssauele/>
  38. Human Rights Reports: Custom Report Excerpts - United States Department of State, Zugriff am März 27, 2026, <https://2021-2025.state.gov/report/custom/fdd9aa3f68/>
  39. Mapping of media assistance and journalism support programmes in the Levant region - GFMD, Zugriff am März 27, 2026, <https://gfmd.info/h-content/uploads/2025/03/Mapping-of-media-assistance-and-journalism-support-programmes-in-the-Levant-region-gfmd.pdf>
  40. NEF State of Play, Zugriff am März 27, 2026, [https://www.nef-europe.org/site-content/uploads/2023/10/State\\_of\\_play\\_of\\_NEF\\_collaboratives\\_October23.pdf](https://www.nef-europe.org/site-content/uploads/2023/10/State_of_play_of_NEF_collaboratives_October23.pdf)
  41. Independent Evaluation of the European Roma Institute for Arts and Culture (ERIAC) - https://rm.coe.int - The Council of Europe, Zugriff am März 27, 2026, <http://rm.coe.int/eva-dec-independent-evaluation-eriac-european-roma-institute-for-arts-/1680af1ac5>
  42. Relevant, future-proof and impactful: Media Forward Fund strengthens local journalism, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.schoepflin-stiftung.de/en/nah-relevant-zukunftsfaehig-media-forward-fund-staerkt-den-lokaljournalismus/>
  43. HAUSHALTSENTWURF 2025 ERLÄUTERUNGSBAND - Landtag NRW, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-2944.pdf>

44. Journalismus - Rudolf Augstein Stiftung, Zugriff am März 27, 2026, <https://rudolf-augstein-stiftung.de/category/foerderbereich-journalismus-projekte/>
45. Projektförderung - Förderung durch die Robert Bosch Stiftung, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.bosch-stiftung.de/de/wie-wir-foerdern>
46. Jahresbericht der Robert Bosch Stiftung 2024, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.bosch-stiftung.de/de/storys/jahresbericht-der-robert-bosch-stiftung-2024>
47. Journalismus – Rudolf Augstein Stiftung, Zugriff am März 27, 2026, <https://rudolf-augstein-stiftung.de/tag/journalismus/>
48. Media Forward Fund: Vier Medien erhalten die ersten Förderungen, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.stiftung-mercator.ch/journal/media-forward-fund-vier-medien-erhalten-die-ersten-foerdungen>
49. Bericht 2021 | Robert Bosch Stiftung, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/bericht-2021>
50. Robert Bosch Stiftung, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.bosch-stiftung.de/de>
51. Der Media Forward Fund – eine innovative Stiftungs Kooperation - SIGU-Plattform, Zugriff am März 27, 2026, <https://sigu-plattform.de/praxisbeispiel/schoepflin-stiftung/>
52. Zweck des Transparenzregisters ist die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die gesetzlichen Grundlagen finden sich in den §§ 18 ff. Geldwäschegesetz (GwG), der Transparenzregistereinsichtnahmeverordnung (TrEinV), der Transparenzregistergebührenverordnung, der Transparenzregisterbeleihungsverordnung (TBeIV), der Transparenzregisterdatenübermittlungsverordnung (TrDüV) sowie der Indexdatenübermittlungsverordnung (IDÜV)., Zugriff am März 27, 2026, <https://www.transparenzregister.de/treg/ueberuns>
53. Meldepflichten bei Transparenzregistern im EU Ausland - CMS, Zugriff am März 27, 2026, <https://cms.law/de/deu/legal-updates/meldepflichten-bei-transparenzregistern-im-eu-ausland>
54. Transparenzregister nach dem Geldwäschegesetz - SIHK zu Hagen, Zugriff am März 27, 2026, <https://www.ihk.de/hagen/recht/rechtsthemen/aktuelles/mitteilungspflicht-transparenzregister-4176830>
55. Das Versteckspiel | Transparency International Deutschland e.V., Zugriff am März 27, 2026, <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/versteckspiel>